

Mittelfristige Finanzplanung (MFP) des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2005 bis 2009

Drucksache 14/1101

Und:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2006

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1102

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/1717

zweite Lesung

Außerdem, meine Damen und Herren, liegen Ihnen als Tischvorlage insgesamt 114 Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur zweiten Lesung vor.

Das im Ältestenrat vereinbarte Beratungsverfahren mit der Reihenfolge der zu beratenden Einzelpläne und den vorgeschlagenen Redezeiten können Sie der Tagesordnung entnehmen.

Nach Beendigung der Beratung über einen Einzelplan erfolgt die Abstimmung über diesen Einzelplan. Liegt ein Änderungsantrag zu einem Einzelplan vor, wird natürlich zunächst über diesen Änderungsantrag abgestimmt.

Über die Änderungsanträge zum Haushaltsgesetz und zum Haushaltsbegleitgesetz stimmen wir morgen vor der Gesamtabstimmung ab.

Die Gesamtabstimmung über den Haushaltsplan 2006 in zweiter Lesung erfolgt morgen mit der Abstimmung über das Haushaltsgesetz.

Zwischen 12:30 Uhr und 14 Uhr findet heute keine Abstimmung statt. Das ist die Zeit, in der Sie sich ein bisschen stärken dürfen. Aber diejenigen, die dann reden wollen, und diejenigen, die dann vielleicht an der Debatte teilnehmen möchten, müssen natürlich hier bleiben.

Nach der Beratung des Einzelplans 10 werden die Haushaltsberatungen heute unterbrochen und morgen fortgesetzt.

Meine Damen und Herren, ich rufe **Einzelplan 12** in Verbindung mit **Einzelplan 20** auf:

Finanzministerium

Es geht dabei um die Teilbereiche Allgemeine Finanzverwaltung sowie Haushaltsgesetz und Haushaltsbegleitgesetz.

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlungen Drucksachen 14/1712 und 14/1720 sowie auf die Änderungsanträge der Fraktion der SPD Nr. 1 der Tischvorlage zu Einzelplan 12 und Nrn. 3 bis 7 der Tischvorlage zu Einzelplan 20 und die Änderungsanträge der Fraktion der Grünen Nr. 2 zu Einzelplan 12 und Nrn. 8 bis 10 zu Einzelplan 20.

Jetzt kommen wir zur Debatte. – Die eröffnet für die SPD-Fraktion die Abgeordnete Frau Walsken. Bitte schön.

Gisela Walsken (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der von der schwarzgelben Landesregierung vorgelegte Haushalt ist kinderfeindlich, unsozial und nicht zuletzt verfassungswidrig.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, er ist ein wachsender Umverteilungshaushalt zugunsten nur weniger Privilegierter in diesem Lande. Ich sage dazu nur drei Stichworte: Landwirtschaftskammern, Reiterstaffeln und Ausbau des Flughafens Münster/Osnabrück.

(Ralf Witzel [FDP]: Wo ist die Bildung?)

Die Kleinsten, Herr Kollege, sind die größten Verlierer.

(Zustimmung von der SPD)

Die CDU und gerade die FDP machen Politik auf dem Rücken derjenigen, die sich kaum wehren können. Sie machen Politik gegen die Kinder in Nordrhein-Westfalen. Fast 200 Millionen € haben Sie den Kindern und Jugendlichen in diesem Land genommen. Mit einem Federstrich, Herr Finanzminister, haben Sie das Vertrauen der Jugendlichen in die Verlässlichkeit der Politik zerstört.

(Beifall von der SPD)

Nicht einmal mehr als 100.000 Unterschriften der Volksinitiativen konnten sowohl die CDU als auch die FDP bewegen, das Jugendfördergesetz mit entsprechendem Geld auszustatten und das entsprechende Geld zur Verfügung zu stellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen aus der CDU und der FDP, hätten Sie wenigstens die zusätzlichen 16,3 Millionen € für die Landwirtschaftskammern genommen und sie den Kindern und Jugendlichen

in Nordrhein-Westfalen für ihren Landesjugendplan geben,

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Frau Walsken!)

das wäre ein Signal gewesen. Das wäre hier das richtige Signal gewesen.

(Beifall von der SPD)

Sie wären dafür sicherlich gefeiert worden.

Aber: Sie haben sich für eine bessere Ausstattung der Funktionärskammern der Landwirte entschieden.

(Beifall von der SPD – Josef Hovenjürgen [CDU]: Unverschämtheit!)

Deshalb, Herr Dr. Rüttgers, fragen wir uns: Warum haben Sie das „Jahr der Kinder“ und nicht das „Jahr der Landwirtschaft“ ausgerufen? Das wäre angemessener gewesen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Widerspruch von der FDP)

Aber, meine Damen und Herren, das ist noch nicht alles. Wenn Sie in den Haushaltsplan hineinschauen, stellen Sie fest: Über 150 Millionen € gehen den Kindergärten, den Kindertagesstätten in Nordrhein-Westfalen verloren. Ihre Kürzungen werden zu höheren Elternbeiträgen führen. Sie verlassen sich auf die Kommunen, schon einzuspringen, beziehungsweise glauben, das auf dem Rücken der Eltern austragen zu können.

Wenn Sie schon der Opposition nicht glauben, verstehe ich nicht, warum Sie nicht wenigstens auf Caritas, Städte- und Gemeindebund hören oder einer der vielen Zuschriften oder einem der vielen Beiträge aus den Anhörungen Glauben schenken. Das sind weiß Gott keine Meinungen aus sozialdemokratischen Vorfeldorganisationen, sondern sie vertreten eine breite Bewegung in diesem Land. Sie brauchen nur nach draußen zu gehen, dann haben Sie eine Kostprobe dessen, was Sie mit diesem Haushalt in diesem Land angerichtet haben.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, es sind mehr als 200 Millionen €, die der Finanzminister den Kindern und Jugendlichen nimmt. Nach den Beratungen von CDU und FDP – immerhin die regierungstragenden Fraktionen in diesem Hause – gibt es Veränderungen von knapp 44 Millionen €. Das heißt: Nicht einmal ein Fünftel der Kürzungen in diesem Bereich haben die Abgeordneten rückgängig gemacht. Das ist lächerlich.

(Beifall von der SPD)

Es zeigt – das soll die Öffentlichkeit wissen –, dass die Kolleginnen und Kollegen beider Fraktionen in diesem Parlament offensichtlich nichts mehr zu sagen haben.

(Beifall von der SPD)

Wir werden insbesondere dort, wo CDU-Kolleginnen und -Kollegen Wahlkreise direkt geholt haben, der Öffentlichkeit klar machen, was Sie hier zulasten von Kindern und Jugendlichen und der Sozialpolitik in diesem Hause beschließen. Wir werden es deutlich machen!

(Beifall von der SPD – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Hut ab vor Kollegen Tenhumberg, der sich öffentlich zu der Kinder- und Jugendpolitik in diesem Lande bekennt!

(Beifall von der SPD)

Wir werden sehr genau beobachten, welches Schicksal den Kollegen in den Beratungen der nächsten Tage erwartet.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Wir sind ja nicht bei der SPD!)

– Stellen Sie Zwischenfragen! Wir können uns gerne auseinander setzen, lieber Kollege, kein Problem.

Meine Damen und Herren, es ist nicht nur die Kinder- und Jugendpolitik, sondern auch die Sozialpolitik, die es mit diesem Haushaltsplanentwurf schwer getroffen hat. Die Proteste von Familienberatungsstellen, Frauenhäusern, insbesondere der Regionalstellen Frau und Beruf, die jetzt noch einmal bluten müssen, von den Einrichtungen gegen Gewalt an Frauen, den Drogenberatungsstellen, den Studentenwerken, den Krankenhausgesellschaften, den Ehrenamtlern im Sport sowie denjenigen, die sich in der Straffälligenhilfe und bei den Drogenberatungen engagieren – sie stehen zum Teil draußen vor der Tür – haben deutlich gezeigt: Achtung, soziale Netze werden zerreißen! Achtung, es geht eine soziale Kälte in diesem Land um – genau nach jenem 22. Mai, seitdem Sie den Menschen klar machen, wo Ihre Politik hinführt.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Sie haben nicht einmal ein Jahr gebraucht, liebe Kolleginnen und Kollegen, bis die Menschen draußen gemerkt haben, welche Ihrer Versprechungen

Sie mit diesem Haushaltsplanentwurf gebrochen haben.

(Beifall von der SPD – Horst-Emil Ellinghaus [CDU]: Liebe Frau Walsken, lassen Sie den Mist!)

Die Sozialpolitik erleidet Kürzungen von über 60 Millionen €. Die Regierungsfractionen haben nach heftiger, auch kontroverser Beratung, nach großem Krach 3,7 Millionen € davon zurückgeholt. Am schlimmsten betroffen ist jetzt, nachdem die Änderungen vorliegen, aus meiner Sicht die Migrations- und Integrationsarbeit. Wir werden uns damit noch beschäftigen.

Schade, Herr Kollege Laschet ist nicht da, der freundliche Integrationsminister. Er tut mir Leid, weil er gar nicht weiß, wie er das, was Sie hier beschließen, im Land verkünden und verkaufen soll. Denn er hat eine Reihe sehr vernünftiger Ansätze in seiner Politik.

Meine Damen und Herren, glauben Sie bitte nicht, dass das, was hier von CDU und FDP vorgelegt wird, ohne Alternative in diesem Land ist. Es gibt die Alternative, sie ist möglich. Es ist möglich, einen kinderfreundlichen, einen sozialen und einen seriös und solide finanzierten Haushalt hier und heute vorzulegen. Es ist möglich!

(Zuruf von der CDU: Warum haben Sie es dann noch nicht gemacht? – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Die Aufgabe eines Staates, liebe Kollegen, wie wir ihn verstehen, ist es, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Die Menschen müssen gleiche Chancen auf Teilhabe, auf Bildung, auf Gesundheit und Wohlstand haben. Diese Chancen muss und kann ihnen nur ein Staat eröffnen, denn die Privaten – der Markt – werden diese Aufgaben nicht übernehmen.

(Beifall von Svenja Schulze [SPD])

Wir wissen um unsere Verantwortung für dieses Land – auch als Oppositionsfraction. Unser Gegenentwurf zu Ihrer Politik der Kälte und Kinderfeindlichkeit liegt vor.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das ist unglaublich! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Es stimmt! Ihre Politik ist unglaublich!)

Er ist keinesfalls Fundamentalopposition; das hätten Sie gerne gehabt. Er geht einen besseren Weg, und über den wollen wir mit Ihnen streiten. Wir hätten dies sehr gern in den Fachausschüssen getan. Ich kann es nicht oft genug wiederholen – auch hier in der Öffentlichkeit –: Sie haben

die Auseinandersetzung in den Fachausschüssen nicht gewollt. Sie haben sie vermieden, indem Sie dort keine Haushaltsanträge vorgelegt haben.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, wir bieten den Menschen in diesem Lande einen zweiten Weg an, einen, der die soziale Balance wahrt, einen Weg, der die Kinder als unser kostbarstes Gut nicht links liegen lässt, sondern Perspektiven sichert und Chancen eröffnet. Wir werden im Land für diesen Weg werben – auch nach diesen Haushaltsplanberatungen. Wir werden es klar sagen: Eine Rotstiftpolitik auf dem Rücken von Familien muss nicht sein.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Darf nicht sein!)

Der Weg der Konzentration auf unsere Kinder, auf unsere Zukunft, den wir in den letzten Jahren unserer Regierung begonnen haben, muss fortgesetzt werden, und die sozialen Netze dürfen nicht zerreißen. Deshalb, meine Damen und Herren, bieten wir Ihnen die Rücknahme von Kürzungen im Bereich der Kinder-, Jugend- und Sozialpolitik in Höhe von 323,1 Millionen € an.

(Christian Lindner [FDP]: Und die Erhöhung von Steuern!)

– Hören Sie gut zu! Bleiben Sie gespannt, aber ruhig!

323,1 Millionen € durch eine solide Finanzierung unter Beteiligung des Sparstrumpfes Bau- und Liegenschaftsbetrieb,

(Beifall von der SPD)

unter Beteiligung des Beitrages für die Landwirtschaftskammern – jawohl, die Landwirtschaftskammern! –, durch Reduktion der Kosten für Öffentlichkeitsarbeit, für Gutachten und Sachverständige. Wir erinnern in diesem Zusammenhang nur an Ihren Antrag bei den Haushaltsplanberatungen des letzten Haushaltsjahres.

(Zuruf Christian Lindner [FDP])

Und – jetzt können wir gerne in die Auseinandersetzung gehen –: Ja, wir reden auch über Steuermehreinnahmen. Wir reden über Steuermehreinnahmen, die dieser Finanzminister, seitdem er im Amt ist, nicht etatisiert hat.

Dazu nur einmal die Fakten, um sich ein eigenes Bild zu machen:

Wir haben bereits seit Mitte des letzten Jahres, seit Mitte 2005, mehr Steuern, Herr Kollege.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Da müssen Sie einmal im Haushaltsplan nachgucken. Das ist ganz einfach; das kann man nachsehen. Wir haben im Jahre 2005 360,7 Millionen € mehr eingenommen.

Der Verlauf der ersten Monate dieses Haushaltsjahres bestätigt diese Entwicklung. Lassen Sie sich nicht durch eine Presse aus dem Finanzministerium täuschen: Es gab nur einen kurzen Einbruch im Januar wegen eines erwarteten Steuererstattungsfall, der bekannt war. Die führenden Wirtschaftsinstitute sowohl in Kiel als auch in Berlin gehen bundesweit davon aus, dass es zu mehr Steuereinnahmen kommen wird. Sie rechnen mit 5 bis 6 Milliarden € mehr Steuern. Wenn wir einmal davon ausgehen, dass etwa 10 % – Abzug Länderfinanzausgleich und andere Mechanismen – nach Nordrhein-Westfalen fließen, dann ist die SPD-Fraktion mit ihren 350 Millionen € Steuermehreinnahmen absolut auf der richtigen Seite. Sie werden es sehen nach der Steuerschätzung, meine Damen und Herren. Sie brauchen sich an dieser Stelle nur zu gedulden.

(Beifall von der SPD – Minister Karl-Josef Laumann: Hoffentlich! Das wird uns helfen!)

Wenn wir dann – jetzt bitte ich die Kollegen, die so gerne dazwischenschreien, um erhöhte Aufmerksamkeit – unsere Deckungsvorschläge, die eine Summe von 585 Millionen € ausmachen, mit unseren Umschichtungen zugunsten von Kindern und Jugendlichen, zugunsten der Sozialpolitik gegenrechnen, bleibt ein Ansatz von 262 Millionen €, den wir nutzen würden, um die Schulden in diesem Land abzubauen – die Schulden abzubauen, weil dies die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen möglich machen, da die Steuerquellen in diesem Jahr zum ersten Mal wieder sprudeln.

(Zurufe von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, das ist die Alternative.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, aber auch von der FDP, Sie müssen nicht die Kleinsten in diesem Land zu den Verlierern machen. Sie müssen nicht soziale Kälte in diesem Land einziehen lassen.

(Beifall von der SPD – Minister Karl-Josef Laumann: Wo ist denn soziale Kälte?)

Und Sie können zusätzlich noch Schulden abbauen. Das stand ja immer auf Ihrer Agenda. Sie müssen es aber politisch wollen.

(Beifall von der SPD)

Denn Sie haben hier die Mehrheit. Ich fordere Sie im Namen meiner Fraktion auf: Stimmen Sie un-

seren Anträgen zu, und Sie haben einen kinderfreundlichen, einen sozialen, aber auch einen soliden Haushalt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Walsken. – Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Klein.

Volkmar Klein (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir machen uns keine Illusionen: Der Haushalt, den wir hier beraten, verlangt von allen in unserem Land sicher viel, aber er wird, wenn wir ihn denn so in der dritten Lesung in zwei Wochen beschließen, fair, gerecht, seriös und vor allen Dingen kinderfreundlich sein.

(Beifall von der CDU – Lachen von der SPD)

Wem, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, kommt denn wohl das Geld aus dem Schulhaushalt zugute? Sie meinen offenbar, den Lehrern. Wir meinen, den Schülern.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn 316 Millionen € mehr für Schule ausgegeben werden, dann ist das ein Ausweis von Kinderfreundlichkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Beim Beitrag der Frau Kollegin Walsken hatte ich stellenweise den Eindruck, dass sie über den Landeshaushalt 2004 redet. Denn wenn sie uns jetzt vorrechnet, dass irgendwelche Summen – 150 Millionen € hat sie, glaube ich, gesagt – weniger für Kindergärten zur Verfügung stehen,

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: So ist es!)

dann muss ich doch feststellen, dass Kürzungen von 72 Millionen € entsprechend dem § 18 GTK schon seit zwei Jahren gelten. Da ist nichts neu eingeführt worden. Das sind die Kürzungen, die Sie beschlossen haben.

(Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Lesen Sie einmal weiter im Gesetz! Zu Ende lesen, Herr Kollege! Nicht nur Halbwahrheiten erzählen!)

Wenn man über Geld und über den Haushalt redet, ist es eigentlich immer angezeigt, sich das Ganze mit der gebotenen Sachlichkeit anzuschauen und es zu analysieren. Im Haushaltsentwurf 2006 gibt es eine Differenz zu 2005 – aber Sie kennen die Zahlen – von 104 Millionen € bei der Kindergartenfinanzierung. Davon sind aber 54 Millionen € eine sogenannte Bugwelle, bei der

wir im letzten Jahr nachfinanzieren mussten, was Sie in der Vergangenheit versäumt hatten.

(Gisela Walsken [SPD]: Wo ist das Problem?)

Uns das jetzt als Kürzung für 2006 anzukreiden, meine sehr verehrten Damen und Herren, das kann ja wohl nicht wahr sein.

(Beifall von der CDU)

Da reduzieren sich die 104 Millionen € schon einmal ganz erheblich.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: So haben Sie auch den Haushalt gerechnet, wie Sie gerade rechnen!)

– Die Zahl der Zwischenrufe steht ja nur für Ihre Unsicherheit.

(Beifall von der CDU – Lachen von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Haben Sie einmal bei Ihnen darauf geachtet? Die Rede der Kollegin Walsken war nicht mehr zu hören bei all den Zwischenrufen! – Weitere Zurufe von CDU und SPD)

Wenn wir dann richtigerweise das Streichen des Elternbeitragsdefizits nicht als Problem der Kindergartenträger, sondern der Kommunen betrachten und selbstverständlich im Kontext der Gemeinde-, der Kommunalfinanzierung insgesamt in diesem Land sehen müssen – ein anderes Kapitel, bei dem die Gemeinden sicher gut wegkommen –, dann bleibt unter dem Strich ein minimales Abschmelzen von 8 Millionen € im Haushaltsentwurf.

(Gisela Walsken [SPD]: Was? – Carina Gödecke [SPD]: Das ist geradezu lächerlich!)

– Ja, das brauchen Sie doch nur zu subtrahieren. 104 minus 54 minus 42 macht acht.

(Zurufe von der SPD)

– Ich verstehe ja Ihre Unruhe. Das sind aber ganz einfache mathematische Operationen.

Wir haben jetzt im Haushalts- und Finanzausschuss beschlossen, die Finanzierung für Kindergärten noch einmal deutlich auszuweiten. Wenn ich sinnvollerweise

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Einmaleffekte herausrechnen, komme ich zu dem Ergebnis, dass wir das Geld, das die Kindergartenträger erhalten, in den Haushaltsberatungen noch einmal um 23 Millionen € erhöht haben.

(Beifall von der CDU)

Unterm Strich kommt im Jahre 2006 mehr Geld bei den Kindergartenträgern an, als es im Jahre 2005 der Fall gewesen ist.

(Beifall von der CDU – Lachen von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wo haben Sie denn Rechnen gelernt?)

Aber der allerwichtigste Aspekt der Kinderfreundlichkeit

(Lachen von der SPD)

ist doch ein ganz anderer. Das ist der übergeordnete Aspekt der Generationengerechtigkeit, die Sie immer mit Füßen getreten haben.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Ende 2005 hatte dieses Land einen Schuldenberg von 112 Milliarden € aufgetürmt und eine Zinsausgabenquote von 9,6 %. Das klingt alles technisch. Man sieht, wie dramatisch das ist, wenn wir uns vergegenwärtigen, dass wir jeden zehnten Euro aus diesem Landeshaushalt für Zinszahlungen reservieren müssen.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das wird noch schlimmer! – Hannelore Kraft [SPD]: Sie legen noch Schulden drauf! – Weitere Zurufe)

Das nimmt uns doch die Spielräume für heute. Wenn wir so weitermachen wie Sie in der Vergangenheit, würden wir die Spielräume für künftige Generationen noch mehr zurückschneiden. Das können wir nicht wollen.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD: Das ist nicht zu fassen!)

Wir sind zur letzten Landtagswahl angetreten mit dem Konzept: Ein Sanierungsplan für Nordrhein-Westfalen muss her. Wir müssen einerseits den Haushalt konsolidieren und zum anderen, wie eben beschrieben, Geld freischaufeln, um mehr Geld für Kinder, Bildung und Zukunft insgesamt zur Verfügung zu haben.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Nach der Wahl haben die Koalitionsfraktionen das noch einmal bestätigt und als gemeinsames Ziel der Landesregierung mit auf den Weg mitgegeben.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Die Landesregierung ist dem mit ihrem Haushaltsentwurf nachgekommen. Dieser Haushalts-

entwurf ist ein erster Einstieg in eine Konsolidierung für unser Land.

(Norbert Römer [SPD]: Mit den höchsten Schuldzinsen! – Carina Gödecke [SPD]: Sie werden im GTK-Bereich noch weiter sparen! – Weitere Zurufe)

Wenn Sie jetzt den Eindruck erwecken, die Koalitionsfraktionen hätten eigentlich viel mehr Anträge stellen müssen, kann ich nur sagen: Alles Unsinn, wir sind dem Finanzminister sehr dankbar dafür, dass er ziemlich genau das umgesetzt hat, was wir ihm mit auf den Weg gegeben haben. Herzlichen Dank, Herr Finanzminister!

(Beifall von der CDU – Widerspruch von SPD und GRÜNEN – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Sie haben versagt in der Fraktion! – Weitere Zurufe)

Jetzt will ich gern dem Kollegen Sagel noch weitere Möglichkeiten zu Zwischenrufen geben. Ich will nämlich darauf hinweisen, dass inzwischen offenbar drei Fraktionen dieses Hauses voll und ganz von der Notwendigkeit einer Konsolidierung überzeugt sind.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das sind alle vier Fraktionen! Sie haben nicht zugehört!)

Ich habe jedenfalls mit sehr großem Interesse den Abschlussbericht der Kommission für nachhaltige Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen der Grünen-Landtagsfraktion gelesen.

(Beifall von der CDU)

Ich füge hinzu: Das ist vielleicht ein bisschen spät; denn daran beteiligt waren zwei frühere Staatssekretäre, die selber dazu beigetragen haben, dass die Probleme nicht früher angegangen worden sind.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie haben nur das gelesen, was Ihnen gefällt!)

Aber in diesem Bericht werden richtige Erkenntnisse und richtige Antworten propagiert.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Da schauen wir mal!)

Da muss es einigen in den Ohren klingeln. Ich empfehle, das einmal nachzulesen. Auf Seite 11 wird die Schuldenstandsquote zwischen verschiedenen Bundesländern verglichen. Ganz klar wird festgestellt, dass die Schuldenstandsquote in Nordrhein-Westfalen höher als in allen anderen Flächenländern in Deutschland ist. Deswegen muss etwas getan werden. Wir sind erstmals –

anders als andere Regierungen in der Vergangenheit – bereit, wirklich etwas zu tun.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von der SPD – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Ach, das stimmt doch nicht!)

Es gibt aber noch mehr Erkenntnisse, die im völligen Widerspruch zu dem stehen, was Frau Kollegin Walsken eben gesagt hat. Ganz zum Schluss ist quasi als Vermächtnis an den Leser zum weiteren Befolgen nachzulesen, wie denn künftig mit Steuermehreinnahmen verfahren werden soll. Dort steht ganz klar, dass jegliche Steuermehreinnahme vollständig in die Reduzierung von Neuverschuldung gesteckt werden muss.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Das ist eine richtige Erkenntnis, und wir setzen sie um.

(Beifall von CDU und FDP – Gisela Walsken [SPD]: Wo sind sie denn im Haushalt veranschlagt, Herr Klein? – Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE] – Weitere Zurufe)

– Ich komme noch darauf zu sprechen.

Die SPD will offensichtlich weiter die alten Rezepte verfolgen: erstens Probleme verdrängen und zweitens die Zahlen so lange schönrechnen, bis es irgendwie passiert. Mich erinnert das an den verzweifelten Versuch, Vergangenheit zu verlängern. Damit können wir die Zukunft aber nicht gewinnen.

(Sören Link [SPD]: Welch hohle Phrase!)

Wir alle haben volles Verständnis dafür, dass es überall im Land den Wunsch gibt, mehr Geld für viele wichtige, sinnvolle und interessante Projekte zu haben. Wir wissen, dass wir den Menschen einiges abverlangen. Natürlich ist es heute offenbar weniger bequem als in den 70er-Jahren, dieses Land als Koalition zu führen. Wir sind uns aber dieser Verantwortung bewusst. Sicher ist es einfach, viel Geld anzukündigen und in einer Art Wunschlistenpolitik zu verteilen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann wissen Sie, wovon Sie reden! – Zuruf von Horst Becker [GRÜNE] – Weitere Zurufe)

Die Opposition hat es da leicht. Sie kann jeden bedienen und jedem nach dem Mund reden, ist aber ganz sicher, dass sie den Realitätstest nicht erbringen muss. Sie verfährt nach dem Motto: Wir fordern erst einmal, weil die Ablehnung sicher ist.

(Zuruf von der SPD: So haben Sie also gearbeitet!)

Das ist aber keine Basis für unser Land. Gleichzeitig wird noch die Neuverschuldung beklagt. Meine Damen und Herren, das lassen wir Ihnen nicht durchgehen. Sie können nicht auf der einen Seite Klientelpolitik betreiben und alle möglichen Versprechungen machen und auf der anderen Seite die Enden nicht zusammenbringen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das sagt der Richtige! – Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Ich will noch zu zwei Vorschlägen etwas sagen, mit denen Sie versuchen wollen, das Ganze zu decken. Beides ist gleichermaßen unseriös.

Sie wollen in den Haushaltsplan Einnahmen in Höhe von 150 Millionen € einstellen: Darlehensrückführungen vom BLB.

(Gisela Walsken [SPD]: Ja!)

Darlehensrückführungen sind möglich,

(Gisela Walsken [SPD]: Ja!)

wenn entsprechende Immobilien verkauft worden sind.

(Gisela Walsken [SPD]: Ja, richtig! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie haben sich einen Sparstrumpf angelegt!)

Das ist aber nicht nur unsicher – meine Damen und Herren, Sie kennen doch auch den gegenwärtigen Immobilienmarkt –, sondern auch völlig unrealistisch.

(Gisela Walsken [SPD]: Ach, ach!)

Sie knüpfen an alte Luftbuchungen an. Sie haben das in der Vergangenheit immer wieder so gemacht. Sie haben alle möglichen, vielleicht irgendwann einmal auftretenden Verkäufe, Forderungsabtretungen usw. als Einnahme in den Haushalt eingestellt – aber nur, damit es erst einmal auf dem Papier stimmte. Das ist aber doch nicht die seriöse Politik eines vorsichtigen Kaufmanns. Das machen wir nicht mit. Das war unseriös. Das ist ein Problem Ihrer alten Haushalte gewesen. Aber heute wird das nicht mehr so gemacht, weil es nicht anständig ist.

Jetzt haben Sie eben gesagt, dass sich Steuererhöhungen oder Steuerermehreinnahmen im Haushalt wiederfinden müssten. Meine Damen und Herren, das wäre doppelt unseriös. Das ist einmal unseriös, weil man heute sicherlich bei vorsichtiger Schätzung nicht darauf bauen kann, dass die Steuerquellen wesentlich stärker sprudeln, als es im jetzigen Haushalt veranschlagt ist.

Klar ist, dass Sie damit an Ihre alten Verfahrensweisen anknüpfen. Das ist in der Vergangenheit ja

gerade das Problem gewesen. Ich habe hier eine Liste darüber, wie sich Ihre Steuererwartungen und das, was Sie in den Haushalt eingestellt haben, in den vergangenen Jahren zu den wirklichen Steuereinnahmen verhalten hat: Im Jahre 2005 haben Sie 3,05 Milliarden € zu viel an Steuereinnahmen geschätzt. Im Jahre 2004 lag die Schätzung um 1,45 Milliarden € zu hoch. Im Jahre 2003 haben Sie die Einnahmen um 3,66 Milliarden € zu hoch geschätzt, und im Jahre 2002 waren es 1,71 Milliarden €, die Sie zu viel geschätzt haben.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper)

Meine Damen und Herren, das ist doch nicht seriös. Sie haben damals einfach nur extrem hohe Steuereinnahmen geschätzt, damit der Haushalt ausgeglichen war. Wir haben Sie immer darauf hingewiesen und ermahnt, zur Realität zurückzufinden. Sie haben das so gemacht, weil Sie in diesem Land die Wahrheit und die Realität einfach nicht sehen wollten.

(Beifall von der CDU)

Wir sind dem Finanzminister deshalb sehr dankbar dafür, dass er realistische Steuereinnahmeerwartungen als Grundlage für die Haushaltsplanung in den Haushaltsplanentwurf hineingeschrieben hat. Das ist der eine Punkt, an dem wir Ihnen zu Recht Unseriosität vorwerfen.

Der zweite Punkt betrifft das, was die Grünen in ihrem Gutachten geschrieben haben: Wenn es denn wirklich zu höheren Steuereinnahmen kommt – das wäre wunderbar für dieses Land und würde kaum einen mehr erfreuen als die Koalition und den Finanzminister –, lautet die klare Aussage, dass wir diese Mehreinnahmen zu einer Reduzierung der Neuverschuldung nutzen werden.

Meine Damen und Herren, das ist auch nötig. Denn dieser Haushaltsplanentwurf enthält 5,88 Milliarden € Neuverschuldung. Das ist – erstens – deutlich höher, als es die Kreditverfassungsgrenze in Art. 83 unserer Landesverfassung vorsieht, und das ist – zweitens – einfach auch unter dem Gesichtspunkt der eben genannten Generationengerechtigkeit zu viel. Deswegen ist alles andere, als jetzt schon anzukündigen, Steuerermehreinnahmen für die Reduzierung der Neuverschuldung einzusetzen, unseriös. Wir wollen in diesem Jahr einen seriösen Haushalt verabschieden. Ich freue mich, dass das inzwischen offensichtlich grundsätzlich auch von den Grünen so gesehen wird. Ich würde es begrüßen, wenn wir über diesen Haushalt weiter eine konstruktive Diskussion führen könnten, sodass der Haushalt am

Ende vielleicht mit einer größeren Mehrheit als nur der der Koalitionsabgeordneten

(Minister Karl-Josef Laumann: Wieso „nur“?)

beschlossen werden könnte. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Sagel für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Rüdiger Sagel^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Ich war sehr gespannt auf diesen ersten wirklichen Haushaltsentwurf der neuen Koalition. Ich muss sagen: Ich bin nicht nur enttäuscht, sondern Sie haben bei dieser ersten harten Bewährungsprobe vollständig versagt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Im Landtag haben wir das chaotischste Haushaltsberatungsverfahren erlebt, das ich hier jemals mitgemacht habe.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es gab keine Anträge von Ihnen in den Fachausschüssen. Zwei Stunden vor der entscheidenden Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses kamen Sie mit Ihren Anträgen um die Ecke. Als Fraktionen haben Sie vollständig versagt und sich als völlig unfähig erwiesen. Das, was Sie hier vorgelegt haben, ist unausgeglichen und weder solide noch transparent.

(Minister Karl-Josef Laumann: Junge!)

Vor dem Landtag stehen die Demonstrantinnen und Demonstranten. Sie stehen dort zu Recht, denn das, was Sie in der Kinder- und Jugendpolitik gemacht haben, geht auf keine Kuhhaut und ist gegen Kinder und Jugendliche gerichtet. Das ist die Politik, die Sie hier in Nordrhein-Westfalen betreiben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Klein, das, was Sie hier gerade vorgerechnet haben, ist wirklich mehr als ein Witz. Auf die Verbesserungen, die Sie hier gemacht haben wollen, werde ich im weiteren Verlauf meiner Ausführungen noch zurückkommen.

Man konnte hier in den letzten Wochen einiges lesen. Beispielsweise konnte man in der „WAZ“, der größten Tageszeitung Nordrhein-Westfalens, lesen: CDU und FDP beschimpfen sich. – Der Grund waren die monatelangen Haushaltsberatungen, in denen Sie nicht zu Potte gekommen

sind und letztlich nur die historisch geringste Veränderung an einem Haushaltsentwurf vorgenommen haben, die es jemals gegeben hat: 1 Promille, 48 Millionen €, haben Sie gerade umzuschichten geschafft.

Mit 1 Promille ist man nicht mehr fahrtüchtig, und Sie sind nicht mehr politiktüchtig.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben das, was Sie den Leuten vor der Wahl versprochen haben, in Wirklichkeit überhaupt nicht erfüllt. Versprochen, gebrochen!

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist das, was Sie mit diesem Haushalt gemacht haben. Die Änderung, die Sie vorgenommen haben, ist reine Makulatur und soll nur dazu dienen, die Volksseele zu besänftigen.

Ich muss vor allem auch feststellen, dass die FDP als Bettvorleger des Finanzministers gelandet ist, denn gerade die FDP hatte im Landtag noch sehr vollmundig angekündigt, Korrekturen an diesem Haushalt vorzunehmen. Sie sind als Pappkamehrad gelandet.

Ich kann Herrn Linsen nur gratulieren: Sie haben sich wirklich vollständig durchgesetzt und die Fraktionen mit ihren Abgeordneten zu Statisten degradiert. Sie haben Ihnen noch einige Zückerchen hingehalten, um einige Veränderungen – nämlich 48 Millionen €, dieses berühmte 1 Promille – am Haushalt vornehmen zu können.

Schauen wir uns das einmal an: Veränderungen bei 48 Millionen € hat Ihnen der Finanzminister gestattet. Eine wirkliche Deckung haben Sie für diesen Betrag nicht, sondern haben diese über die Mieten und Pachten beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb erzielt. Als wir das vorher nachgefragt hatten, hieß es vonseiten des Ministeriums: Keine Änderungen! – Jetzt auf einmal ging an der Stelle etwas.

Auch die Mittel aus dem Länderfinanzausgleich haben wir noch nicht, sondern das ist etwas, was möglicherweise kommt. Also an der Stelle keine seriöse Haushaltspolitik, und es sind auch die Änderungen nicht solide finanziert.

Heute Morgen haben wir dann noch etwas zum Thema „Schülerverkehr“ erlebt. In seltener Arroganz der Macht wollten Sie noch nicht einmal die Spitzenverbände anhören. Das haben Sie dann mit Haushaltresten aus dem Jahr 2005 finanziert. Wenn das solide und tatsächlich zukunftsgerichtet finanziert ist, kann ich wirklich nur lachen! – Es gibt viele Menschen in Nordrhein-Westfalen, die

mit der Politik, die Sie betrieben haben, unter die Räder kommen. Das, was Sie hier servieren, ist ein karges Linsengericht. Und es werden falsche Prioritäten gesetzt.

Wir müssen feststellen, dass dieser Haushalt sozial unausgewogen ist und darin Ihre Klientelpolitik festgeschrieben, aber nicht das erfüllt wird, was hier groß angekündigt worden ist, nämlich eine sozial gerechte, den Haushalt konsolidierende Politik zu betreiben.

Sie steigen auf den „Kahlen Asten der Verschuldung“ mit jetzt fast 6 Milliarden € Neuverschuldung. Damit haben Sie schon im Nachtragshaushalt 2005 angefangen, als sie die Verschuldung um 2 Milliarden € erhöht haben.

(Oh-Rufe von der CDU)

Wenn ich mir ansehe, dass Sie bei der mittelfristigen Finanzplanung – das sind die Zahlen, die der Finanzminister selber ausweist – eine Verschuldung von 132,6 Milliarden € für das Jahr 2009 prognostizieren, und das beinhaltet, dass Sie einen Schuldendienst von 5,2 Milliarden € pro Jahr haben, sagt das einiges über Ihre nachhaltige Finanzpolitik aus, die Sie hier beschreiben.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Dr. Robert Orth [FDP])

Wir werden vermutlich bei der nächsten Landtagswahl 140 Milliarden € Schulden haben. Das heißt, 25 % der Gesamtschulden des Landes Nordrhein-Westfalen werden Sie in fünf Jahren aufgenommen haben. Das sind Ihre eigenen Zahlen, die ich zitiere.

(Zuruf von der CDU: Das sind alles Ihre Zinsen!)

Das ist Ihre haushaltskonsolidierende Politik.

(Ralf Witzel [FDP]: Mit Ihnen hätten wir doch 170 Milliarden! – Helmut Stahl [CDU]: Schon einmal etwas von Zinseszinsfaktoren gehört?)

– Die Zinsen sind auch ein Punkt: Sie gehen von einem Zinssatz aus, der bei 4 % liegt. Nachhaltig davon auszugehen, dass die Zinsen bei 4 % liegen, ist mehr als fragwürdig. Das hat übrigens auch unsere Haushaltskommission gesagt.

(Zuruf von der CDU: Ja, wenn die das sagt!)

In Wirklichkeit werden sie wahrscheinlich deutlich höher liegen. Dann werden wir ganz andere Probleme haben; denn Sie wissen genau, dass ein halbes Prozent höhere Zinsen 500 Millionen € ausmachen, die Ihnen in der Landeskasse fehlen.

Es ist auch interessant, was Sie ansonsten noch so treiben.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Was ist das denn für eine Sprache?)

Es gibt keine Impulse für Wirtschaft und Arbeit, über 1 Million Arbeitslose. Es ist keinerlei Konzept zu erkennen, was Sie in Nordrhein-Westfalen dagegen machen. Interessanterweise habe ich bisher bei keiner Ihrer Haushaltsreden nur ein Sterbenswörtchen zum Thema „Wirtschaft und Arbeit“ gehört. Ich muss sagen: Das ist mehr als enttäuschend.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Gerade Sie haben den Mund sehr voll genommen. Wir sagen: Wir müssen etwas für Wirtschaft und Arbeit tun. Sie sollten bei den Steinkohlesubventionen anfangen.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Doch offensichtlich macht sich nun auch die CDU – über die FDP brauchen wir gar nicht mehr zu reden – zum Verteidiger der Steinkohle.

(Lachen von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Es ist schon sehr interessant, dass Sie sich offensichtlich durch hohe Parteispenden Ihre Meinung abkaufen lassen. Das gilt gerade für die FDP.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE] – Widerspruch von CDU und FDP)

Das soziale Ungleichgewicht habe ich schon angesprochen. Es ist ein völliges Versagen von Minister Laschet bei zukunftsgerechter Politik für Kinder und Jugendliche, also für die nachfolgenden Generationen zu erkennen. Gerade der Kinder- und Jugendbereich ist massiv unter die Räder gekommen. Die Änderungen, die Sie vorgenommen haben, sind nicht dazu angetan, positive Impulse zu setzen.

Sie betreiben Klientelpolitik. Denn auf der einen Seite kürzen Sie bei Kindern und Jugendlichen, also den zukünftigen Generationen. Auf der anderen Seite erhöhen Sie den Ansatz um 11 Millionen € beim Flughafen Münster/Osnabrück, Sie erhöhen die Ansätze beim Straßenbau und bei den Landwirtschaftskammern. Das heißt, gerade die FDP müsste sich das Thema eigentlich zu Eigen machen: Sie sorgen für mehr Bürokratie. Unser Slogan „Rinder statt Kinder“ trifft genau das, was Sie mit diesem Landeshaushalt betreiben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist richtig, dass wir Grünen den Haushalt konsolidieren wollen. Deswegen haben wir ein umfas-

sendes Gesamtkonzept vorgelegt. Mit unserem Entwurf liegen wir rund 100 Millionen € unter dem, was der Finanzminister vorgeschlagen hat und was die Koalitionsfraktionen jetzt absegnen werden. Nimmt man die Prognosen von der SPD – rund 350 Millionen € Steuermehreinnahmen – und die von CDU und FDP angenommenen 25 Millionen € durch Haushaltsverbesserung des Länderfinanzausgleichs, lägen wir – wenn man das dazurechnet – rund eine halbe Milliarde unter dem Haushaltsentwurf des Finanzministers. Das heißt, wir würden eine halbe Milliarde € weniger Schulden machen. Das machen wir als Grüne.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Sie von CDU und FDP aber verfrühstücken dieses Geld – das gilt im Übrigen genauso auch für die SPD, wie ich kritisch anmerken muss –, indem Sie Nachbesserungen am Haushalt vornehmen, während wir das solide aus dem Haushalt heraus finanzieren wollen.

Wir ducken uns auch nicht finanzpolitisch weg, wenn es um den Bund geht, wie das der Ministerpräsident macht. Denn es geht natürlich darum, in Berlin deutliche Worte anzuschlagen, weil wir die Unterstützung des Bundes brauchen, um zu höheren Steuereinnahmen für die Länder zu kommen, also auch für das Land Nordrhein-Westfalen.

Das ist im Übrigen auch in der Anhörung, die wir durchgeführt haben, deutlich gesagt worden. Die Deutsche Steuergewerkschaft unterstützt uns dabei, dass wir zum Beispiel dadurch Mehreinnahmen erzielen, dass wir die kw-Stellen – was die Steuerprüfer angeht – nicht wegekürzen. Dadurch würden wir in diesem Haushaltsjahr mindestens 100 Millionen € Steuermehreinnahmen erzielen. Der DGB spricht von Ihrem Haushalt als einem Dokument der Hilflosigkeit. Das RWI kritisiert das, was Sie zukünftig steuerpolitisch machen wollen, also zum Beispiel die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Denn auch das ist für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen völlig abträglich. Damit werden Sie keine neuen Arbeitsplätze schaffen.

(Zuruf von Dr. Robert Orth [FDP])

Wir meinen, dass man sich auch Gedanken um die Bundespolitik machen muss. Deswegen haben wir in unserem Haushaltskonzept gesagt, dass wir eine Erhöhung der Erbschaftsteuer, eine Anhebung des Spitzensteuersatzes von 42 auf 45 % und natürlich auch eine Schließung der Steuerschlupflöcher brauchen.

Schaut man sich den Haushalt konkret an, ist es so, dass wir uns auch für die Kommunen einsetzen. Durch die Kreditierung, die Sie ablehnen,

würden wir die Finanzierung sichern. Darüber haben wir uns sehr intensiv im Haushalts- und Finanzausschuss unterhalten. Aber auch da waren Sie nicht bereit mitzumachen.

Wir wollen die Kürzungen in vielen sozialen Bereichen rückgängig machen, zum Beispiel bei der Stiftung Wohlfahrtspflege in Höhe von 11 Millionen €. Wir wollen 30 Millionen € zusätzlich in den Ausbau und die Sanierung der Krankenhäuser investieren, und wir wollen ein Investitionsprogramm von 25 Millionen € auflegen – anstelle der Steinkohlesubventionierung, die wir, wie gesagt, massiv kürzen wollen und bei der wir immer noch darauf warten, dass die FDP tatsächlich zur Sache kommt und nicht den Bettvorleger der CDU und der großen Koalition in Berlin bildet.

Wir haben sehr kritisch geprüft, welche Haushaltsvorschläge Sie in der Vergangenheit gemacht haben. Sie haben gesagt: Die Mittel für Öffentlichkeitsarbeit und für Sachverständige sollen auf null reduziert werden. Genau das Gegenteil machen Sie: Sie haben die Positionen sogar noch erhöht.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Sie haben zum Beispiel die Position für Sachverständige erhöht. Die Staatskanzlei hat sich eine halbe Million Euro mehr für Sachverständige gegönnt, obwohl sie auf der anderen Seite das Personal massiv aufgestockt hat; so gibt es allein 27 neue Stellen in der Staatskanzlei.

Ihre Stellenpolitik ist äußerst interessant. Sie haben sich als erstes, nachdem Sie an die Regierung gekommen sind, über 90 neue Stellen geschaffen. Das heißt, die Ministerialbürokratie, die Bürokratie, die Sie eigentlich reduzieren wollen, stocken Sie erst einmal ordentlich auf, damit Ihre Leute versorgt sind. Gleichzeitig werfen Sie uns vor, Frau Ministerin Höhn hätte nicht genügend Stellen abgebaut.

Ihr Finanzminister musste aber in der letzten Woche zugeben, dass Frau Höhn zwischen 1995 und 2000 schon über 1.000 Stellen abgebaut hat. Das sind die Fakten. Das sind die Tatsachen. Und das musste der Finanzminister selbst zugeben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Man kann es übrigens heute auch in der Zeitung lesen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Frau Höhn war die sparsamste Ministerin! Das hat der Finanzminister selber gesagt!)

Wir haben eine sparsame Personalpolitik betrieben. Wir müssen diese Personalpolitik auch in Zukunft fortsetzen. Das heißt, wir erhöhen nicht rigoros Stellen, wie Sie das machen, sondern wir müssen uns sehr wohl überlegen, wie wir damit umgehen und eine vernünftige Politik machen.

Gerade wurde vonseiten von Herrn Klein von der CDU-Fraktion erwähnt, dass es unsere grüne Haushaltskommission gegeben hat. Jawohl, sie hat eine Menge vernünftiger Vorschläge gemacht. Das ist noch nicht alles Konsens bei uns in der grünen Fraktion. Wir werden über das, was dort vorgeschlagen worden ist, ein breite Debatte führen.

Es werden aber nicht nur ökologische Steuerungsmaßnahmen vorgeschlagen. Wir haben gesagt: Wir müssen uns auch mit dem ganzen Personalbereich intensiv auseinander setzen. Wir müssen sehr genau gucken, wo wir das Personal in Zukunft brauchen und wo wir es einsetzen können.

Wir sind aber gegen eine Politik, wie Sie sie betreiben, bei der Privatisierung um jeden Preis betrieben wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die CDU lässt sich von der FDP am Gängelband durch diesen Saal führen. Wir sind zum Beispiel dagegen, dass die LEG privatisiert wird, wie Sie das in den letzten Tagen vorgeschlagen haben. Das ist eine Politik, die nicht nur gegen das Personal, sondern auch gegen die Mieterinnen und Mieter dieser Wohnungen gerichtet ist. Und das ist eine Politik, die mit uns so nicht zu machen ist.

Wir möchten, dass nicht nur der Haushalt konsolidiert wird und eine nachhaltige Haushaltspolitik stattfindet, sondern dass dieser Haushalt sozialverträglich und ökologisch gestaltet zukünftig ausgerichtet wird. Wie gesagt, wir haben sehr konkrete Vorschläge gemacht. Wir haben eine sehr sparsame, solide und seriöse Haushaltspolitik gemacht.

Der Haushaltsentwurf, den Sie vorgelegt haben, wird diesem Anspruch nicht gerecht. Sie konsolidieren nicht. Ich wiederhole: Sie treiben die Schulden massiv in die Höhe. Sie machen eine Politik, die sozial ungerecht ist, die gegen Kinder und Jugendliche gerichtet ist. Sie betreiben auch keine Politik, die tatsächlich dazu dient, Wirtschaft und Arbeit in Nordrhein-Westfalen voranzubringen. Von daher ist klar: Diesem zukunftsfeindlichen Haushaltsentwurf, den Sie hier vorgelegt haben, werden wir nicht zustimmen. Wir werden uns differenziert zu anderen Anträge verhalten.

Wir selber haben 124 Anträge gestellt, die meiner Meinung nach dazu beitragen würden, dass dieser Haushalt tatsächlich sozial und ökologisch gerecht und zukunftsweisend wäre. So würde man dafür sorgen, dass die Schulden deutlich gesenkt werden. – Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächste Rednerin hat Frau Abgeordnete Angela Freimuth von der FDP-Fraktion das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn der Debatte dachte ich, ich wäre in einem bizarren Theater. Mich hat bei dem Redebeitrag der Kollegin Walsken sehr nachdenklich gestimmt. Kollegin Walsken hat die Frage der Kinderfreundlichkeit aufgeworfen.

Was die SPD-Fraktion hier geschildert hat, das hat mich, offen gestanden, sehr erschrocken. Wenn wir Kinderfreundlichkeit so definieren wollen, was ich ausdrücklich nicht tue, dass wir nachfolgenden Generationen einen stetig anwachsenden Schuldenberg hinterlassen, dann mag das vielleicht eine Meinung sein. Danach mag es auch legitim sein, weiter und immer weiter in dem Gedanken verhaftet zu bleiben, sich ausschließlich Gedanken darüber zu machen, wie Mittel verteilt werden können. Dann mag man das so machen.

Dann mag man auch weiter eine Politik, auch ein Denken fortsetzen, in dem imaginäre Privatisierungserlöse in die Verteilmasse eingerechnet werden. Dann mag man damit fortfahren, imaginäre „Steuer-Mehreinnahmen“ einzuplanen. Man kommt im Ergebnis immer dazu, dass man das hinterher nicht realisieren kann, sondern dass sich die Nettokreditaufnahme und damit der Schuldenberg insgesamt immer weiter erhöhen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage ausdrücklich: Das ist nicht mein Verständnis von Kinderfreundlichkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Ich verstehe unter kinderfreundlicher Politik, auch unter kinderfreundlicher Finanz- und Haushaltspolitik eine Politik für die nachfolgenden Generationen, beginnend mit den heute lebenden Kindern, die in zwanzig, dreißig Jahren völlig zu Recht den Anspruch, das Interesse und das Recht auf eigene Gestaltungsoptionen in der Gesellschaft haben, in der sie dann leben, für die sie dann Verantwortung übernehmen und Verantwortung tragen.

Meine Damen und Herren, deswegen ist für mich Haushaltskonsolidierung und eine Senkung der Verschuldung ohne jede Alternative.

(Beifall von FDP und CDU)

Die Eckdaten sind genannt. 112 Milliarden € Schulden, Stand: 31.12.2005. Ein Zehntel des Haushalts geben wir allein für Zinsen aus bei, zugegeben, sehr niedrigem Zinsniveau. Wenn die Zinsen steigen, dann bekommen wir eine völlig andere Belastung. Deswegen ist es auch wichtig, dass wir bei der Überlegung, welche Mittel wir denn überhaupt zum Ausgeben, zum Verteilen haben, in der Tat eher einen restriktiven Ansatz wählen, den des „vorsichtigen Kaufmanns“ – so haben wir es in den Koalitionsvereinbarungen formuliert –, in denen wir Einnahmen eher zu niedrig prognostizieren.

Für den Fall, dass es dann tatsächlich ein Mehr gibt – ich freue mich, dass wir eine Übereinstimmung von drei Fraktionen hier im Haus haben –, wird jeder Euro, der mehr und zusätzlich an Steuereinnahmen hereinkommt, tatsächlich für die Reduzierung der Nettokreditaufnahme und damit für die Schuldensenkung aufgewendet und aufgewendet werden müssen.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Der Kollege Sagel hat uns gerade vorgeworfen, wir würden mit den Änderungsanträgen, die wir im Verfahren gestellt haben, lediglich ein Promille umschichten.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Das ist so!)

– Das ist in der Tat Fakt. Aber ich habe auch im Haushalts- und Finanzausschuss bereits gesagt, dass sich weder an der Quantität noch an dem Volumen der Änderungsanträge ablesen lässt, ob dies eine Verbesserung oder eine Verschlechterung des Haushalts darstellt. Man kann die vorgelegten Anträge dafür in Betracht ziehen. Sie haben zweifelsohne – das ist anerkannt und zugestanden – mehr Änderungsanträge zum Haushalt gestellt, aber gestatten Sie mir auch den Hinweis: Mit deren Annahme würde der Haushalt in keiner Weise verbessert.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das sehen manche Menschen draußen aber anders! – Gisela Walsken [SPD]: Sie müssen mal rausgehen, einfach vor die Tür!)

– Ich habe das gerade schon zur Kenntnis genommen. Im Beratungsverfahren ist mehrfach darauf hingewiesen worden, dass der Haushalt und auch die Haushaltsdebatte – gerade die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, aber auch die SPD-Frak-

tion haben im Ältestenratverfahren mehrfach darauf hingewiesen – zum originären Budgetrecht des Parlamentes gehören und dass deswegen auch diese Debatte zum Haushalt die Stunde des Parlamentes ist.

Ich habe mit Interesse wahrgenommen, dass zum Beispiel die eine oder andere Kollegin zeitgleich draußen bei den Demonstranten war, anstatt hier der parlamentarischen Debatte zu folgen.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Das haben wir in der Vergangenheit von Ihnen gelernt!)

Das, meine Damen und Herren,

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

ist auch nicht der richtige Stil. Ich habe volles Verständnis dafür, dass sich Jugendliche und in der Jugendarbeit Tätige für ihre Interessen einsetzen und engagieren, ich habe auch Verständnis dafür, dass Politiker mit den jungen Menschen und den in der Verbandsarbeit Tätigen ins Gespräch kommen; deswegen ist das kein Vorwurf. Ich will nur sagen: Man muss dann mit dem einen oder anderen Argument, mit der einen oder anderen Formulierung ein bisschen genauer umgehen.

Heute Morgen ist von der Kollegin Walsken und vom Kollegen Sagel der Vorwurf erhoben worden, dieser Haushalt sei sozial unausgewogen.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE] – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: So ist es!)

Lassen Sie mich noch einmal zu dem zurückkommen, was ich ganz am Anfang sagte, nämlich: Die bisherige Verschuldungspolitik, die ausschließlich an der Stellschraube Verteilung festmachte,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das stimmt doch überhaupt nicht! Meine Güte! – Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

ist aus meiner Sicht sozial feindlich, sozial unausgewogen und geht ausdrücklich gegen die Interessen nachfolgender Generationen, die sich heute im Verfahren viel zu wenig wehren können. Die Kollegin Walsken war so freundlich, auf die Verfassungswidrigkeit hinzuweisen. Man muss in der Tat darauf hinweisen – der Hinweis ist völlig berechtigt, ich mache ihn sogar selber –, dass wir mit der Nettokreditaufnahme über der Investitionssumme liegen. Aber ich will an der Stelle auch darauf hinweisen: All Ihre Änderungsanträge, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, versetzen uns nicht in die Lage, dass wir auf

ein Niveau kommen, wo die Nettokreditaufnahme unterhalb der Investitionssumme liegt.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

– Nein, Frau Kollegin Löhrmann, auch bei Ihnen nicht. Der Kollege Sagel hat gerade noch vorge-rechnet, er würde eine halbe Milliarde Euro ge-winnen; aber wir brauchen an der Stelle immer noch ein bisschen mehr.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Eine halbe Mil-liarde besser als Sie!)

Für die Überwindung dieser Hürde haben Sie uns leider keine wirklichen Hilfen gegeben. Das liegt aber auch daran – das honoriere ich –, dass das das Anerkenntnis dessen ist, dass Sie uns in eine Situation gebracht haben, in der es uns Zins- und Ausgabeverpflichtungen eben nicht ermöglichen, an der Stelle eine weitergehende Haushaltskon-solidierung zu betreiben, als wir das mit dem Haushaltsentwurf 2006 bereits vorgenommen ha-ben.

Bei den Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen ist lange und auch zu Recht darüber diskutiert wor-den, ob es uns gelingt, allein durch Einsparungen Haushaltskonsolidierung betreiben zu können. Ich habe in den vergangenen fünf Jahren immer ge-sagt: Nein, Einsparungen allein reichen aus mei-ner Sicht nicht aus, sondern wir müssen uns aus-drücklich Gedanken darüber machen, wie wir die Einnahmesituation des Landes Nordrhein-Westfalen verbessern können.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Oh!)

An der Stelle hat Herr Kollege Dieckmann in den vergangenen Jahren von mir auch Recht bekom-men, wenn er darauf hinwies. Aber, meine Damen und Herren, das geht nicht, indem man immer weiter an der Schraube dreht. Sie haben in den letzten zehn Jahren eine Politik betrieben, die ansiedlungsfeindlich war, von der eben keine Im-pulse für Wachstum und Beschäftigung ausge-gangen sind.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Was erzählen Sie denn da?)

Es ist aus meiner Sicht zwingend erforderlich, dass wir die Zahl der Menschen ohne Beschäfti-gung in unserem Land senken;

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Wo sind denn Ihre Impulse?)

ansonsten fehlen diese Menschen auch als Steu-erzahler, von der sozialen Komponente der Ar-beitslosigkeit an der Stelle völlig zu schweigen. Deswegen ist und bleibt das eine der Hauptauf-

gaben der Koalition der Erneuerung. Ich lade Sie herzlich ein, dabei mitzumachen.

Gestern im Kabinett – so wurde berichtet – sind einige wichtige Impulse zum Thema Bürokratie-Abbau und Verschlanung der öffentlichen Ver-waltung gemacht worden, die zu einem Abbau von Doppelzuständigkeiten führen, zu transparen-ten und einfachen Zuständigkeiten, wodurch Mehrfachzuständigkeiten vermieden werden kön-nen, die zu mehr Wirtschaftlichkeit in der Verwal-tung führen, zu einer Verschlanung der Verwal-tung, in der die Behörde schließlich Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger und für die Unter-nehmen ist.

Meine Damen und Herren, das ist einer von ganz vielen noch folgenden Schritten auf dem Weg, mit denen wir Nordrhein-Westfalen wieder zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort machen werden, wodurch wir, weil sich mehr Unternehmen hier in Nordrhein-Westfalen ansiedeln, auch tatsächlich Arbeitsplätze schaffen und Arbeitsplätze erhalten und auf diese Art Weise die Möglichkeit und die Chance haben, zu mehr Steuereinnahmen zu kommen.

Ich sage an diese Stelle noch einmal ganz klar: Die Mehrwertsteuererhöhung, so wie sie im Au-genblick auf der Bundesebene geplant ist, ist Gift für diese zarte Pflanze des wirtschaftlichen Wachstums.

(Beifall von der FDP)

Deswegen auch meine herzliche Bitte an die Kol-leginnen und Kollegen von der CDU, aber auch in besonderer Weise an die Kolleginnen und Kolle-gen von der SPD: Machen Sie diese zarte Pflanze Konjunktur nicht kaputt. Lassen Sie die Finger weg von der Mehrwertsteuererhöhung. Wir brau-chen sie nicht. Wir können es auch anders schaf-fen. Wir müssen es ohne weitere Steuererhöhun-gen schaffen; denn die Steuer- und Abgabenlast in unserem Land ist ohnehin viel zu hoch und eine der Hauptwachstumsbremsen in unserem Land.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Nein, Frau Kollegin Löhrmann.

Eine Anmerkung möchte ich noch zu dem Punkt „allgemeine Finanzverwaltung“ machen. Kollege Sagel war vorhin so freundlich und hat auf die mit-telfristige Finanzplanung hingewiesen, die ja zu-mindest einmal kurz angesprochen werden will. – Ich freue mich darüber und erwarte es auch, dass es uns mit einer Politik, die wir die nächsten Jahre in Nordrhein-Westfalen machen werden, und mit dem Schwergewicht Nordrhein-Westfalens auch

im Bund, gelingen wird, diese mittelfristige Finanzplanung, was die Verschuldung angeht, nach unten zu korrigieren. Wir nehmen uns dabei eben kein Beispiel an der rot-grünen Vorgängerregierung, die die mittelfristige Finanzplanung im Hinblick auf die Verschuldung immer wieder nach oben korrigieren musste.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Kollegin, es liegt der Wunsch nach einer Zwischenfrage von Frau Löhrmann vor.

Angela Freimuth (FDP): Ich habe der Kollegin Löhrmann gerade schon mitgeteilt, dass ich dazu im Augenblick keine Neigung verspüre, da ich noch gern zum Einzelplan 12 zwei Anmerkungen machen möchte. Ich bitte die Kollegin um Verständnis; das ist nicht böse und auch nicht persönlich gemeint.

Gerade bei Einzelplan 12 sind in der Vergangenheit kw-Vermerke ausgebracht worden; und es ist gerade den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Finanzverwaltung viel abverlangt worden. Das, was die Bediensteten des Landes Nordrhein-Westfalen insgesamt, insbesondere aber auch die in der Finanzverwaltung, für unser Land leisten – das lassen Sie mich als Haushälterin und damit als Fachabgeordnete für die Finanzverwaltung sagen –, ist ganz enorm.

Wir müssen angesichts der Arbeitsbelastung der Finanzverwaltung dafür sorgen, dass die vorhandenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter effizient eingesetzt werden können, zum Beispiel zur Bekämpfung des Steuerbetrugs, sei es bei der Umsatzsteuer oder bei anderen Steuerarten. Deshalb ist es zum einen notwendig, zu einem effizienten und leistungsgerechten Steuersystem zu kommen, zum anderen aber auch unabdingbar, unserer Finanzverwaltung die Technikunterstützung, die ja schon seit Jahren bei der Berechnung der kw-Vermerke eingeplant ist, endlich zur Verfügung zu stellen.

Was die Binnenmotivation der öffentlichen Bediensteten angeht, fällt es mir sehr schwer, dass wir mit diesem Haushaltsplan gerade den Bediensteten des Landes nochmals enorm viel abverlangen. Ich weiß, dass das für den einen oder anderen eine große Schwierigkeit bedeutet. Ich ducke mich bei der Debatte darum aber auch nicht weg, da es mit Blick auf die im Haushalt insgesamt ablesbare Kostenverteilung und angesichts des Anteils der Personalkosten notwendig ist, gemeinsam mit den Beschäftigten des Landes einen Weg zu suchen. Deswegen hoffe ich auch, dass wir für den Tarifbereich ähnliche Lösungen wie für die

Beamtinnen und Beamten finden. – Meine Damen und Herren, ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, nun hat Finanzminister Dr. Linszen für die Landesregierung das Wort.

Dr. Helmut Linszen, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Beratungen zum Haushalt 2006 finden – das kann man mit Sicherheit sagen – in einer schweren Krise aller öffentlichen Haushalte der Bundesrepublik Deutschland statt, wobei wir feststellen müssen, dass die finanziellen Verhältnisse in diesem größten deutschen Bundesland, unserem Land Nordrhein-Westfalen, gerade in Relation zu anderen großen Flächenländern besonders angespannt sind.

Wir müssen bei allem, was wir finanzpolitisch überlegen – so habe ich die bisherigen Haushaltsberatungen verstanden –, immer daran denken, dass wir mit diesem Haushalt auch ein Signal für Wachstum und Beschäftigung setzen.

Meine Damen und Herren, ein solches Signal setzt man heute nicht mehr so wie früher, als noch Plisch und Plum regierten, also in den 60er-Jahren der großen Koalition, indem man große öffentliche Investitionsprogramme auflegt – ich glaube, das haben mittlerweile fast alle eingesehen –, sondern indem man dafür sorgt, dass der Staat in seiner finanzpolitischen Haltung, in der Solidität seiner Finanzen vorbildlich wird und damit auch ein Signal setzt, dass Steuerbürger wieder dem vertrauen können, was im Land und im Bund finanzpolitisch passiert.

Meine Damen und Herren, wir haben als Nordrhein-Westfalen eine ganz besondere Verantwortung, weil wir den größten Etat aller Bundesländer verwalten und weil wir mit allem, was wir tun, praktisch immer 20 % der Bundesrepublik mitbestimmen, weil wir einen Anteil von 20 % bei fast allen einschlägigen Kriterien haben.

Die neue Regierung, die Koalition der Mitte, ist angetreten, um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, um den Haushalt, den wir übernommen haben, zu sanieren. Wir haben mit den Ihnen bekannten Schritten – mit der Haushaltssperre, mit dem Nachtragshaushalt und mit diesem ersten eigenen Haushalt – sicherlich die entscheidenden Signale für diese Legislaturperiode gesetzt.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Aha, aha!)

Wir müssen die Nettoneuverschuldung dauerhaft und nachhaltig senken, und wir müssen sie unter die Summe der landeseigenen Investitionen bringen.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Aha, aha!)

Ich glaube, dass dieses Signal mit diesem Haushalt angekommen ist, auch wenn Sie ihn, Frau Walsken – zumindest war es so in der ersten Lesung, dann haben Sie etwas davon Abstand genommen –, als den Haushalt mit der größten Nettoneuverschuldung, der je in diesem Land eingebracht worden ist, skizziert haben.

(Gisela Walsken [SPD]: Das ist er auch!)

Aber Sie haben wohl inzwischen gemerkt, dass es uns mit der Konsolidierung ernst ist und Sie, wenn Sie diese Melodie fortsetzen würden, am Ende die Verlierer wären, weil Sie ahnen, dass wir mit diesem Haushalt die Marke für die Nettoneuverschuldung endgültig setzen und nicht wie Sie permanent erste oder zweite Nachtragshaushalte einbringen werden. Das ist ein großer Unterschied. Ich vermute, Ihre Nervosität ist auch darauf zurückzuführen, dass Sie das Gefühl bekommen, die – nämlich wir – könnten mit dem, was sie tun, tatsächlich Recht haben und auch noch erfolgreich sein.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Das glauben Sie doch wohl selber nicht!)

Wir werden in einem dritten Schritt – das wird sicherlich in der nächsten Legislaturperiode sein – einen ausgeglichenen Haushalt erreichen. Aber Sie merken an all dem, was wir beraten: Ein langer Atem ist notwendig, und wir können nicht mehr alles bezahlen, was wünschenswert ist. Auf Dauer kann man nicht auf Pump leben. Sie haben in den vergangenen Legislaturperioden Ihre neu aufgelegten Programme immer mit zusätzlichen, neuen, meist höher werdenden Nettoneuverschuldungen bezahlt. Damit kann man herrlich Geschenke machen, aber irgendwann erreicht es die nächste Generation und das Bewusstsein der Bevölkerung. Diese Koalition ist wohl auch deshalb gewählt worden, weil man wusste, dass es so nicht weitergehen kann.

Wir beschränken uns mit diesem Haushalt auf das, was absolut notwendig ist. Eben hat auch die Kollegin Freimuth noch einmal darauf aufmerksam gemacht, dass das mühsam ist und viel Ärger bringt, weil es viele Einschränkungen auferlegt. Aber wir haben einen gerechten Haushalt vorgelegt, den wir – da bin ich gerade den Koalitionsfraktionen sehr dankbar – mit hoher sozialer Sensibilität gestaltet haben.

(Beifall von der FDP)

Sie merken auch selber, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, dass hier nicht rein fiskalpolitisch argumentiert wird. Wir haben eine solche Debatte im Haushalts- und Finanzausschuss geführt – auch eine, wie ich fand, sehr interessante Diskussion mit dem Kollegen Schartau –, in der wir uns über die Grenzen dessen, was man zumuten kann, was man unter dem Diktat der horrenden Verschuldung dieses Landes tatsächlich machen kann und was man tun muss, um den Interessen der nächsten Generation gerecht zu werden, unterhalten haben.

Wir sind uns völlig darüber im Klaren, dass man mit einer solchen Politik nicht den großen Glanz verbreiten kann. Dafür sind wir auch nicht angetreten, sondern wir sind angetreten, um die existenziellen Probleme des Landes Nordrhein-Westfalen zu lösen. Das ist verantwortliche Politik.

Ich möchte gerne noch etwas zum Begriff „nachhaltige Politik“ sagen. Auch darüber haben wir im Haushalts- und Finanzausschuss debattiert. Frau Kollegin Löhrman hat zu Recht darauf hingewiesen, dass sich der Begriff auf die finanzpolitische Seite, die ökologische Seite und die sozialpolitische Seite erstreckt. Alle drei Bereiche hat man im Auge zu behalten. Mittlerweile dämmert es allen, dass wir Freiräume für die nachfolgende Generation, Freiräume für eine Politik, die wieder Zukunftsinvestitionen für das Land Nordrhein-Westfalen vornimmt, schaffen müssen.

Ich möchte auch gerne ein paar Worte zu dem verlieren, was Frau Löhrmann der Öffentlichkeit am Wochenende mit ihrer Kommission vorgestellt hat. Im Grunde bestätigen Sie die Erkenntnisse der von uns eingesetzten Hartmann-Kommission.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Die Sie aber in den Papierkorb geschmissen haben – die Ergebnisse!)

Ich kann nur sagen: Selbstverständlich haben wir über die Zahlen, über das, was an Personal im öffentlichen Haushalt freigesetzt werden soll, in den Ausschüssen debattiert. Sie sind auf die Zahl 20.000 gekommen. Als ich das hörte, habe ich mir überlegt, welche Diskussionen Sie wohl mit der Kollegin Walsken geführt haben müssen, die gerade im Ausschuss zur Beratung des ersten Nachtrags noch erklärt hat, dass man eine aktive Beschäftigungspolitik betreiben und die Leute extra im öffentlichen Dienst beschäftigt hätte, um den Arbeitsmarkt nicht besonders zu belasten. Diese Diskussion muss schon arg kontrovers gewesen sein – es sei denn, Sie sind erst jetzt zu neuen Erkenntnissen gekommen.

Ich glaube, wir müssen uns noch intensiver über das notwendige Tempo der Konsolidierung unterhalten. Wir haben ein bestimmtes Tempo eingeschlagen; im Laufe dieser Legislaturperiode wollen wir die Verfassungsgrenze für die Verschuldung in jedem Fall einhalten.

(Zuruf von der SPD: Das ist sehr löblich!)

Liebe Frau Löhrmann, als ich das, was Sie niedergelegt haben, gelesen habe, habe ich gedacht: Es ist doch verdammt leicht, in der Opposition theoretische Erörterungen zu führen, wenn man den Praxisbeweis nicht antreten muss. Denn Sie haben in der rot-grünen Koalitionsvereinbarung von 1995 ähnliche Worte gefunden, die ich mir übers Wochenende noch einmal mit Genuss zu Gemüte geführt habe.

(Rainer Schmelzer [SPD]: Lesen Sie mit Genuss Ihre Oppositionsrede!)

Wenn Sie diese grundsätzlich wohlklingenden Aussagen über die Notwendigkeit der Haushalts-sanierung mit dem vergleichen, was Sie in den zehn Jahren getan haben, fällt Ihnen der Kontrast und das ganze Elend dieser Politik auf. Ich darf zitieren, was Sie 1995 niedergeschrieben haben:

„Verantwortbar ist nur eine Finanzpolitik, die sich einer Einschränkung der Handlungsspielräume kommender Jahre und Jahrzehnte energisch widersetzt.“

Jawohl! Aber was haben Sie getan?

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Damals waren Sie gegen diese Koalitionsvereinbarung!)

Ich darf Ihnen noch ein zweites Zitat vorhalten: Das Wiedergewinnen von finanzpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten durch Senkung der Zinslast müsse sein. – Die rot-grüne Koalition hat in den Jahren 1995 bis 2005 die Schulden um 30 Milliarden € erhöht.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Genau das machen Sie jetzt auch!)

Wenn Sie diesen Betrag mit 4 % verzinsen, lieber Herr Sagel, haben Sie uns zusätzlich 1,2 Milliarden € Zinslast auferlegt. Was meinen Sie, was wir mit dem Geld, das wir jetzt zu den Banken tragen, heute machen könnten?

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist die Folge Ihrer Politik, und das ist etwas, was theoretisch in Ihren Papieren gut klingt, aber offensichtlich von Ihnen in der Praxis nicht durchgeführt wurde.

(Beifall von CDU und FDP)

Dieser Haushalt – ich darf das wiederholen – steht unter dem Leitmotiv: Wir konsolidieren, wir modernisieren, und wir investieren.

Ich möchte gerne heute in der zweiten Lesung über ein paar Investitionsbereiche sprechen. Sie kennen unsere Aussage: Die Ziele der Koalitionsvereinbarung sind vor allen Dingen Konsolidierung des Haushaltes, Investition in Bildung, Investition in Kinder und Jugendliche.

Ich meine, wir müssen uns schon vor Augen führen, was in diesem Haushalt geleistet wird. In diesem Haushalt werden allein für die Jugendlichen, die sich in der Ausbildung befinden, 1.610 neue Lehrerstellen oder Lehrstellenäquivalente geschaffen. Wenn Sie die 1.000 dazu zählen, die wir im vorigen Jahr geschaffen haben, dann sind Sie bei 2.610.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Koalition ist noch kein Jahr im Amt, und trotzdem ist dieses schon bewirkt worden – trotz des Sparhaushaltes, den wir Ihnen vorlegen.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Auch wenn Sie es nicht gerne hören, Frau Walsken: Die Zahlen, die Sie über das verlautbaren, was wir im Kindergartenbereich eingespart hätten, werden von Woche zu Woche größer. Erst hatten Sie der interessierten Öffentlichkeit einen Betrag von 104 Millionen € genannt – das ist die Differenz zwischen dem Ansatz 2005 und 2006 –,

(Gisela Walsken [SPD]: Wie, 104 genannt?)

dann haben Sie 72 Millionen € draufgelegt – das war die Summe, um die Sie die Sachkostenpauschale gekürzt hatten und die wir selbstverständlich weiterführen wollen. Damit waren Sie auf einmal schon bei 177 Millionen €.

(Gisela Walsken [SPD]: 176! Von Anfang bis Ende! Immer!)

– Frau Walsken, Sie wissen, dass das nicht stimmt. Ich wiederhole, was Kollege Klein gesagt hat, weil Sie es offensichtlich nicht verstehen wollen. Es ist Ihre einzige Botschaft, die Sie haben.

(Gisela Walsken [SPD]: Das ist auch eine Botschaft!)

Wenn Sie immer behaupten, bei den Kleinen würde am meisten gekürzt, dann stimmt das einfach nicht. Es ärgert mich, wenn Sie falsche Dinge verbreiten.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen das noch einmal vortragen. Wir haben 104 Millionen € Differenz zwischen 2005 und 2006. Davon sind 54 Millionen € Bugwelle abzuziehen. Als Kollege Klein das vorhin vorgetragen hat, haben Sie gelacht. Sie haben seit 2000 – das wissen Sie, die Sie hier haushaltspolitische Verantwortung getragen haben – jedes Jahr

(Gisela Walsken [SPD]: Dazu stehen wir, Herr Kollege!)

zu wenig Geld etatisiert. Wir haben mit dem zweiten Nachtragshaushalt 54 Millionen € zusätzlich einstellen müssen, um Ihre Sünden der Vergangenheit wieder glattzubügeln.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Sie müssen also fairerweise diese 54 Millionen € von den 104 Millionen € abziehen. Dann sind Sie bei 50 Millionen € Differenz. Davon sind 42 Millionen €, jetzt noch einmal um 7 Millionen € gekürzt, also 37 Millionen € das, was wir für den Elternbeitragsdefizitausgleich brauchen. Wenn wir jetzt 23 Millionen durch die Regierungsfraktionen neu drauflegen, dann ist das, was für Kindergärten ausgegeben wird, gegenüber dem Jahr 2005 rein vom Volumen her mehr.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das ist doch Unsinn! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann wundern Sie sich über Pisa!)

Das ist die Wahrheit, die Sie nicht hören wollen.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Ich kann es Ihnen auch einmal andersherum vorrechnen. Sie verschweigen, dass wir mittlerweile 10 % weniger Kinder in den Kindergärten haben. Meine Damen und Herren, 2001 besuchten 565.000 Kinder einen Kindergarten, im Jahre 2006 sind es nur noch 510.000 Kinder. Und wenn Sie einmal umrechnen, was wir pro Kind ausgeben, dann haben Sie 2001 1.329 € pro Kind ausgegeben. Wir geben im Jahre 2006 1.487 € pro Kind aus. Das sind nach Adam Riese 158 € mehr, als Sie ausgegeben haben.

(Beifall von CDU und FDP – Sören Link [SPD]: Warum glauben die Leute das draußen nicht?)

Ich möchte Ihnen gerne zum Schluss meiner Ausführungen sagen, dass wir mehr als eine Viertel Milliarde – Sie haben richtig gehört: mehr als 250.000 Millionen € – mehr für Kinder und Jugendliche in diesem Haushalt 2006 eingestellt haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Kindergartenzahlen habe ich Ihnen vorge-rechnet. Die Schulzahlen habe ich Ihnen vorge-rechnet. Wenn Sie Sprachförderung, Ausgaben für soziale Brennpunkte dazu rechnen, dann sind Sie bei diesem Ergebnis: mehr als eine Viertel Milliarde mehr in diesem Bereich, den Sie sich offensichtlich zum Hauptangriffspunkt gewählt haben.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das klingt ja wie Hohn!)

Wir sind mit diesem Haushalt transparent, wir sind seriös und wir sind ehrlich. Wir haben keine Luftbuchungen, auch nicht bei den Einnahmen. Frau Walsken, auch wenn Sie es nicht mehr hören mögen – ich kann es auch bald nicht mehr hören –: Dem BLB, einem Betrieb, den Sie um 1,4 Milliarden € Kapital gebracht haben,

(Gisela Walsken [SPD]: Was?)

wollen Sie weitere 150 Millionen € abnehmen nach dem Motto: Es ist ja sowieso ein Staatsbetrieb; da kommt es nicht mehr darauf an.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Und Sie wollen Kaufmann sein?!)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

– Ach so, ich dachte, Sie hätten sich gerade zu einer Zwischenfrage gemeldet.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Wenn Sie erklären, da seien Sparstrümpfe geschaffen worden, dann sollten Sie doch dem Hohen Hause wirklich einmal den Gefallen tun, das vorzutragen: einem Betrieb, der ein Minuskapital hat, bei dem wir nicht, im Gegensatz zu Ihnen, etwas raus-holen können, weil wir ihn endlich einmal auf ordent-liche Füße stellen, 150 Millionen € abzunehmen.

(Günter Garbrecht [SPD]: Schwarze Kassen, keine Sparstrümpfe!)

Sie wissen, mit welchen Geburtsfehlern, die wir mit Hilfe von Unternehmensberatern im Jahre 2006 beseitigen werden, der BLB 2001 ins Leben geschickt worden ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie haben in Ihren Anträgen so freundlich geschrieben, Frau Walsken, dass ein ehrlicher Kaufmann Steuermehreinnahmen etatisieren würde. Ich garantiere Ihnen, dass Steuermehreinnahmen, wenn sie

mit Sicherheit zu erwarten sind, dieses Plenum in einer zweiten Ergänzungsvorlage rechtzeitig erreichen werden. Da können Sie ganz sicher sein. Aber anders als Sie geben wir diese Steuermehreinnahmen, falls sie entsprechend der uns hoffentlich Ende der nächsten Woche vorliegenden Steuerschätzung eintreffen sollten, absolut in die weitere Rückführung der Nettoneuverschuldung, sodass wir dann das Ziel von 5,89 Milliarden € Nettoneuverschuldung unterschreiten werden – vorausgesetzt, die Steuerschätzungen werden dieses Ergebnis ermöglichen.

Ich glaube, dass wir in diesem Parlament gebrannte Kinder sein müssen, wenn wir sehen, dass die frühere Koalition alleine im Zeitraum von 2001 bis 2005 die Steuereinnahmen um 10 Milliarden € – Sie haben richtig gehört: um 10 Milliarden € – insgesamt zu hoch angesetzt hat und, als die Steuern nicht kamen, kräftig neue Schulden machen musste, womit sie natürlich wieder zusätzlich 400 Millionen € Zinsen bewirkt hat.

Ich freue mich darüber, dass vielleicht die Grünen in der Opposition zu einer nachhaltigen Finanzpolitik finden werden. Ich weiß, wie schwer es ist, Frau Löhrmann, das in der eigenen Fraktion durchzusetzen und mehrheitsfähig zu machen.

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

Ich glaube nicht, dass alle bei Ihnen auf dem Kurs sind. Jedenfalls habe ich die Haushaltsberatungen im Haushalts- und Finanzausschuss anders verstanden. Aber man soll die Hoffnung nie aufgeben. Sie wissen, dass sich auch die Opposition entscheiden muss, ob man sich an die Seite von Lobbyisten stellt und gegen die Koalition anreitet oder ob man einen Kurs der Vernunft geht und sagt: An diesem Kurs, den diese schwarz-gelbe Koalition eingeschlagen hat, führt kein Weg vorbei!

Das ist natürlich schwierig in einem Land, Frau Löhrmann, wo sich die Lobbyisten immer hinter einer der großen Volksparteien verstecken können. Das ist der Vorteil und der Charme bei der großen Koalition in Berlin: Da können sie das nicht mehr. Deshalb müssten die eigentlich mehr bewirken, als sie jedenfalls bisher gezeigt haben. Ich gebe auch diese Hoffnung nicht auf.

Ich bedanke mich am Schluss dieser Beratung über die Einzelpläne 12 und 20 für die sehr konstruktive Arbeit der Koalitionsfraktionen, die offensichtlich immer wieder bestätigen, dass an diesem Kurs der Konsolidierung des Haushaltes im Interesse unserer Kinder und Kindeskiner kein Weg vorbeigeht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Finanzminister Linssen hat die vereinbarte Redezeit um mehr als vier Minuten überschritten. Nach einer interfraktionellen Vereinbarung haben die Fraktionen die Möglichkeit, jeweils auch vier weitere Minuten Redezeit in Anspruch zu nehmen. Unabhängig davon hat die SPD-Fraktion ohnehin noch Redezeit. Zu Wort hat sich Frau Abgeordnete Walsken gemeldet.

Gisela Walsken (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Finanzminister, es ist gut, dass man noch etwas Redezeit übrig hat, denn so kommen Sie mir nicht davon an den Stellen, wo Sie eine besondere Aufregung provoziert haben. Ich liebe es immer wieder, in die Zahlen hineinzuschauen.

Das Stichwort Bau- und Liegenschaftsbetrieb – Sie haben es angesprochen – möchte ich gerne noch einmal aufgreifen. Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb ist weder wirtschaftlich am Ende noch hat er Liquiditätsprobleme noch ist er sonst irgendwie am Rande von Insolvenz oder sonstigen schwierigen wirtschaftlichen Lagen.

Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb hat seit 2002 jährlich etwa 550 Millionen € an Zinsen in die Landeskassen abgeführt. Es ist doch interessant, dass diese Landesregierung ausweislich ihres Etatansatzes wieder mit 557,3 Millionen € Zinszahlungen – einem Betrag, den Sie, Herr Finanzminister, gerade als zu hoch kritisiert hat – rechnet. Das haben Sie der Öffentlichkeit gerade verschwiegen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Hat er bestimmt nur vergessen!)

Zur Tilgung: Seit 2002 ist der Betrieb ohne Probleme in der Lage, bis zu 171,1 Millionen € – das war im vergangenen Jahr – aus dem Darlehen zu tilgen. Wir sagen jetzt in unserem Deckungsvorschlag: 150 Millionen € sind seriös kalkuliert. Herr Finanzminister, Sie müssen mir einmal erklären, wieso das nicht möglich sein soll. Sie haben, um die Wirtschaftsprüfer zu irritieren, gesagt: BLB, behalte das Geld! Wir legen einen Sparstrumpf an, damit wir später, also kurz vor den Wahlen, dieses Geld wieder zurückführen können. – Wir sagen: Das ist der falsche Weg, denn der Betrieb kann jetzt helfen, Ihre kinderfeindliche und unsziale Politik abzumildern. Er kann zu diesem Zweck ohne Probleme 150 Millionen € an Tilgungsleistungen zusätzlich in den Landeshaushalt hin-

einführen. Ich bleibe dabei, und es leitet sich aus den Zahlen ab.

Zum Kindergartengesetz – das scheint Sie ja besonders geärgert zu haben – sage ich ausdrücklich, wie bereits im Haushalts- und Finanzausschuss: Wir stehen zu einer zu finanzierenden Bugwelle. Wir haben in unserem Änderungsantrag 176,6 Millionen € veranschlagt, und zwar sehr bewusst, Herr Finanzminister. Wir nehmen – rechnen Sie es einmal in Ihrem Hause durch – den Einsparbetrag bei den Sachmitteln – das haben wir vor einem Jahr versprochen, und das machen wir jetzt – in Höhe von 72,1 Millionen € zurück,

(Beifall von der SPD)

weil uns die Umwandlung in U3-Plätze wichtig ist.

Wir sagen auch, dass uns der Elternbeitragsdefizitausgleich wichtig ist, weswegen wir nicht wollen, dass die Elternbeiträge erhöht werden. Wir wollen nicht, dass die Kommunen es tragen. Deshalb sagen wir an dieser Stelle: 42,3 Millionen € ist uns das wert.

Des Weiteren brauchen wir eine Erhöhung des Betriebskostenzuschusses, weil wir frei werdende Kindergartenplätze in U3-Plätze umwandeln wollen. Deshalb stehen wir auch da ausdrücklich zu 62,2 Millionen € zusätzlich für die Kindergärten, weil uns das politisch wichtig ist, Herr Finanzminister. Hören Sie auf, immer so zu tun, als würden wir mit falschen Zahlen operieren. Ich wiederhole es noch einmal: Wir stehen zu 176,6 Millionen € Umschichtungen zugunsten einer kinderfreundlichen Politik in diesem Lande. Wir sind in der Lage, das seriös zu decken. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächste Rednerin hat sich Frau Abgeordnete Löhrmann von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Wort gemeldet.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Finanzminister, da Sie sich ja so häufig auf uns bezogen haben, was ich zunächst einmal immer als Kompliment werte, möchte ich doch noch einmal auf einige Punkte eingehen und drei Feststellungen treffen.

Erstens. Bei dem Zeugnis, das Sie meinten, uns für unsere Oppositionsarbeit in diesem Haushaltsverfahren zu geben, haben Sie wohl etwas verwechselt.

(Beifall von der SPD)

Sie haben nämlich ein Verhalten beschrieben, das Sie in den vergangenen zehn Jahren, die ich diesem Hause angehöre, an den Tag gelegt haben. Sie haben sich an die Seite jeder Protestbewegung gestellt und allen alles versprochen. Sie müssen nun zur Kenntnis nehmen, dass Sie das hier nicht einhalten können.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Im Gegensatz zu manch anderen in diesem Lande sind wir nicht aus der Verantwortung ausgebüchst, haben uns den kritischen Diskussionen gestellt und sind zu den Menschen hingegangen. Frau Freimuth, Sie haben uns vorgeworfen, wir würden mit den Leuten sprechen. Der Vorwurf richtet sich mindestens zu 80 % auch gegen Sie. Ich glaube, Herr Kollege Lindner war auch dort, was ja auch richtig war, denn wir sind eingeladen worden. Parlament heißt nicht nur, im Parlament zu reden, sondern auch, außerhalb und auf den Plätzen mit den Menschen zu sprechen. Das halte ich für eine Selbstverständlichkeit.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Zweitens, Herr Linssen, werden wir einen Punkt im Protokoll genau nachlesen: dass Sie alle Menschen, die sich in einem demokratischen Rechtsstaat jetzt zu Recht gegen die Kürzungen wehren, die Sie hier entgegen Ihren Versprechungen vornehmen, die Sie in Kenntnis der Finanzlage des Landes gemacht haben, wie wir schon bei der ersten Lesung anlässlich des Sammelbandes der Reden von Herrn Diegel feststellen konnten, abtun mit: „Das sind alles Lobbyisten, denen ging es nur um sich selbst“, das finde ich bezeichnend. Da ist ganz viel Ehrenamt im Spiel! Dass Sie mit Ihrem Haushaltsentwurf, mit diesen kleinen Fitzelchen, die Sie da zum Teil kürzen, die aber in der Substanz für die Verbände, Vereine und für die Infrastruktur unseres Landes von unschätzbarem Wert sind, feststellen: „Das sind Lobbyisten“, das finde ich bezeichnend. Diese Einschätzung teile ich ausdrücklich nicht. Die haben Sie in der Vergangenheit auch nicht geteilt; das möchte ich hier noch einmal ganz klar feststellen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Drittens: Jetzt komme ich zu der Haushaltskommission. Ich stelle das noch einmal dar: Diese Kommission ist von unserer Fraktion berufen worden, sie ist aber unabhängig gewesen, obwohl es bei den Personen Identitäten gab. Da haben nicht nur grüne Mitglieder mitgearbeitet. Schon gar nicht war das eine rot-grüne Kommission. Ich habe den Zusammenhang Ihrer Anmerkung eben überhaupt nicht verstanden.

Wir als Fraktion werden das alles – anders, als Sie es mit der Hartmann-Kommission gemacht haben – vernünftig diskutieren. Wir werden den einen oder anderen Vorschlag hier auch einbringen. Ich habe nicht den Eindruck, dass Sie das, was die Hartmann-Kommission formuliert hat, noch alles auf dem Schirm haben. Dass Sie sich jetzt wie auch sonst ein paar Rosinchen herauspicken, entspricht, glaube ich, nicht der Notwendigkeit, sich wirklich mit einer Politik der nachhaltigen Sanierung des Landeshaushalts auseinander zu setzen. Dazu muss man nämlich über alle Vorschläge sprechen und nicht nur über die, die Ihnen passen.

In dem Gutachten steht: Umsetzung der Ergebnisse der Bull-Kommission. – Die haben Sie doch schon längst in die Tonne gekloppt! Da steht etwas über den Beamtenstatus, mit dem man sich auseinander setzen muss. Fehlanzeige! Das haben Sie so schnell alles nicht gelesen, weil Sie offenbar immer nur interessengelenkt lesen und dann sagen: Ach, da steht etwas über die alte Regierung. – Aber dass die Kritik an dem Kurs Ihrer Regierung in dem Gutachten, das Sie hier so gelobt haben, viel schärfer formuliert worden ist, das sollten Sie, bevor Sie das weitertragen, sich vielleicht noch einmal ein bisschen genauer angucken. So einfach ist das nämlich nicht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Eine letzte Anmerkung: Diese Haushaltslage und die Haushaltslagen in den vergangenen zehn Jahren haben auch mit einer Blockadepolitik von CDU und FDP im Bundesrat zu tun. Sonst hätten wir Subventionsabbau schon viel nachhaltiger betreiben können.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die hat auch zu tun mit Wirtschaftsfaktoren, mit globalen Entwicklungsprozessen – Stichwort: Terrorattacken –, die Sie bitte schön nicht einfach so einer Farbe zuschreiben sollten. Gucken Sie sich alle Länderhaushalte an! Ich denke, es würde einer seriösen Debatte gut tun, wenn wir das alles noch einmal genauer auseinander sortieren würden. Vielleicht müssen wir damit nach dem Abschluss der Haushaltsberatungen anfangen.

Aber dass man mit dem Zerschlagen von öffentlicher, ehrenamtlicher, ...

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Löhrmann!

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): ... sozialer Infrastruktur diesen Haushalt sanieren könnte, dieser

Auffassung ist meine Fraktion nicht. Deswegen ist Ihr Weg insbesondere in dieser Frage aus unserer Sicht falsch. Konsolidieren tun Sie darüber hinaus gehend auch nicht.

Das als Reaktion, weil Sie mich so häufig und so gerne angesprochen haben! – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Das war ein langer Schlusssatz. – Meine Damen und Herren, als nächste Rednerin hat Frau Abgeordnete Freimuth, FDP-Fraktion, das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Löhrmann, lieber Herr Sagel, weil die Kollegin Löhrmann das Thema Steinkohlesubventionen gerade noch einmal angesprochen hat – Kollege Sagel hat es ja vorhin schon einmal aufgegriffen und hat uns da vollmundig aufgefordert –:

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ich meinte auch die Pendlerpauschale, die Eigenheimzulage ...!)

Ich darf schon Wert auf die Feststellung legen, dass es eine Koalition aus Sozialdemokraten, die auch nach wie vor dazu stehen – das ist anerkannt, das ist so –, und Bündnis 90/Die Grünen war, die die verabredete Laufzeit der Kohlesubventionen verlängert hat. Den Hinweis muss man Ihnen, Herr Sagel, und Ihnen, liebe Frau Löhrmann, hier noch einmal in aller Ausdrücklichkeit geben:

(Gisela Walsken [SPD]: Richtig! Ihr habt mitgemacht in Berlin!)

dass Sie die Verantwortung dafür haben, dass wir die Steinkohlesubventionen noch nicht auslaufen lassen können, dass wir nicht aussteigen,

(Gisela Walsken [SPD]: Gut so!)

sondern erst einmal Verträge und Bewilligungsbescheide, die unter Ihrer Federführung, in Ihrer Verantwortung ausgestellt worden sind, erfüllen müssen. Deswegen finde ich es eine Verlogenheit ohnegleichen, wenn Sie sich hier hinstellen ...

(Beifall von FDP und CDU – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Verlogen sind Sie doch! Sie haben sich doch kaufen lassen mit den Parteispenden!)

– Herr Sagel, dazu habe ich Ihnen schon einmal etwas gesagt. Mich oder die FDP kaufen zu können, Herr Sagel, das ist völlig ausgeschlossen.

(Lachen von SPD und GRÜNEN)

Diesen Vorwurf, den Sie hier schon zweimal erhoben haben, wo Sie wirklich nur noch die Immunität schützt, dass Sie ...

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Zahlen Sie das Geld zurück!)

– Herr Sagel, wenn Sie Belege für Ihren Vorwurf haben, legen Sie sie vor.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Er hat doch gesagt, es soll zurückgezahlt werden!)

Wir haben im Koalitionsvertrag verabredet, dass wir aus dem subventionierten Steinkohlebergbau aussteigen. Eine solche Verabredung – an dieser Stelle erlaube ich mir den freundlichen Hinweis – haben Sie nie zustande gebracht. Ganz im Gegenteil:

(Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Mit Ihrer Unterschrift sind die Verträge zur Subventionierung verlängert worden.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, nun will auch die CDU-Fraktion nicht abseits stehen. Herr Klein hat sich auch noch einmal zu Wort gemeldet. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Volkmar Klein (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß gar nicht, Frau Löhrmann, warum Sie so allergisch reagieren.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ich reagiere nicht allergisch!)

Ich habe Sie doch im Prinzip gelobt. Ich habe mich erfreut gezeigt, dass auch vernünftige Erkenntnisse in Ihrem Papier stehen.

(Beifall von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Ich habe Sie vor allen Dingen gelobt, weil Sie endlich – endlich! – zu der Erkenntnis gekommen sind, dass die Finanzen dieses Landes konsolidiert werden müssen. Nicht mehr und nicht weniger! Das ist aber etwas, finde ich, was durchaus vermerkt werden muss, weil es eben nicht selbstverständlich ist. Wenn man seinen Blick ein bisschen weiter nach links richtet, dann stellt man fest, dass diese Erkenntnis dort leider immer noch nicht da ist.

Wenn es aber so ist, dass wir konsolidieren müssen – ich denke, das ist bei der Diskussion jetzt deutlich geworden –, dann ist damit leider unvermeidlicherweise verbunden, dass wir den Men-

schen in diesem Land einiges abverlangen müssen. Das ist ganz klar. Die Verantwortung, die wir für das Größere haben, für die größere Gemeinschaft, nämlich unter Hinzunahme künftiger Generationen, macht es unumgänglich, genau so zu entscheiden. Das wissen Sie.

Wir sollten konstruktiv darüber diskutieren, wie wir dieser Verantwortung gerecht werden. Wir werden ihr nicht gerecht, wenn wir einfach so weitermachen wie in der Vergangenheit: mit Luftbuchungen über Verkäufe beim BLB, völlig unrealistischen Einnahmen, zu hohen Steuerschätzungen. Das ist nicht der richtige Weg. Das muss hier abschließend noch einmal deutlich gesagt werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Beratung des Einzelplans 12 in Verbindung mit dem Einzelplan 20. Wir haben vereinbart, dass in der Mittagspause keine Abstimmungen stattfinden. Die Abstimmungen finden erst nach 14 Uhr statt, so dass ich jetzt überleiten kann auf den nächsten Einzelplan.

Ich rufe den **Einzelplan 11** auf:

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Wir beginnen mit dem **Teilbereich „Arbeit und berufliche Weiterbildung, Soziales“**.

Als erster Redner hat für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Schmelzter das Wort.

Rainer Schmelzter (SPD): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! „Sozial ist, was Arbeit schafft!“ – Mit diesem Slogan ist die Union in die Landtagswahl des vergangenen Jahres gezogen. Herr Minister Laumann hat es in seiner Erklärung vor dem Ausschuss zur zukünftigen Regierungsarbeit noch einmal unterstrichen. Jetzt, ca. ein Jahr danach, stellen wir fest: Sie haben keine Arbeit geschaffen, demnach – nach Ihren eigenen Formulierungen – unsozial regiert, was sich nicht nur an den Kindern und Jugendlichen in diesem Land festmacht.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Vor zwei Tagen hatten wir den Tag der Arbeit. Was sagt der Ministerpräsident? – Er steht zur Tarifautonomie, er steht für Flächentarifverträge, er setzt auf die Sozialpartnerschaft mit den Gewerkschaften – das typische Bild dieser Landesregierung: draußen das Wunschbild der Zuhörer